

Massimiliano Livi,
Daniel Schmidt, Michael Sturm (Hg.)



DIE 1970ER JAHRE ALS SCHWARZES JAHRZEHT

Politisierung und Mobilisierung
zwischen christlicher Demokratie
und extremer Rechter

Die 1970er Jahre als schwarzes Jahrzehnt

Massimiliano Livi, Dr. phil., ist Leiter des Teilprojekts A13 im Exzellenzcluster »Religion und Politik« der Universität Münster. *Daniel Schmidt*, Dr. phil., ist dort wissenschaftlicher Mitarbeiter am Historischen Seminar. *Michael Sturm*, M. A., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Geschichtsort Villa ten Hompel.

Massimiliano Livi, Daniel Schmidt, Michael Sturm (Hg.)

Die 1970er Jahre als schwarzes Jahrzehnt

Politisierung und Mobilisierung zwischen
christlicher Demokratie und extremer Rechter

Campus Verlag
Frankfurt/New York

© Campus Verlag GmbH

Gedruckt mit Unterstützung des Exzellenzclusters »Religion und Politik« der Universität Münster



Religion und Politik

EXZELLENZCLUSTER | WWU MÜNSTER

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie.

Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-593-39296-7

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Copyright © 2010 Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Umschlaggestaltung: Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Umschlagmotiv: Berliner Demonstration gegen Rudi Dutschke und die Linke, 1968.

© dpa picture alliance

Gedruckt auf Papier aus zertifizierten Rohstoffen (FSC/PEFC).

Printed in Germany

Besuchen Sie uns im Internet: www.campus.de

© Campus Verlag GmbH

Inhalt

<i>Daniel Schmidt/Michael Sturm</i> »Wir sind die, vor denen Euch die Linken immer schon gewarnt haben«: Eine Einleitung	7
<i>Nicolai Hannig/Massimiliano Livi</i> Nach der Revolte: 1968 als Ausgangspunkt eines bewegten Jahrzehnts in Italien und Deutschland	31
<i>Linde Apel</i> Die Opposition der Opposition: Politische Mobilisierung an Oberschulen jenseits der Protestgeneration	57
<i>Anna von der Goltz</i> Eine Gegen-Generation von 1968? Politische Polarisierung und konservative Mobilisierung an westdeutschen Universitäten	73
<i>Nikolai Wehrs</i> Protest der Professoren: Der <i>Bund Freiheit der Wissenschaft</i> und die Tendenzwende der 1970er Jahre	91
<i>Thomas Kleinknecht</i> Demokratisierung als Staats- oder als Lebensform: Konservative Einreden in den <i>Cappenberger Gesprächen</i> der <i>Freiherr-vom-Stein-Gesellschaft</i> in den 1970er Jahren	113
<i>Bernhard Schmid</i> <i>Zwischen Metapolitik und Marsch durch die Institutionen: Die Nouvelle Droite</i> in Frankreich	131
<i>Bernhard Weidinger</i> 1968 und die Reaktion(en): Neuer akademischer Kulturkampf und rechter Richtungsstreit an österreichischen Universitäten um 1970.....	147

<i>Paola Bernasconi</i>	
Zwischen Aktivismus und Gewalt: Die Wurzeln des italienischen Neofaschismus.....	171
<i>Loredana Guerrieri</i>	
»Faschisten der Gegenwart«: Rechte Jugend und die 1968er Protestbewegung in Italien	191
<i>Giancarlo Falcioni</i>	
Vor der Diaspora: Mobilisierung und Systemopposition im italienischen Neofaschismus der 1970er Jahre	209
<i>Fabian Virchow</i>	
Faschistische Tatgemeinschaft oder weltanschauliche Kadenschmiede? Systemoppositionelle Strategien der bundesdeutschen Rechten nach 1969	229
<i>Christoph Kopke</i>	
Die <i>Aktion Widerstand</i> 1970/71: Die »nationale Opposition« zwischen Sammlung und Zersplitterung	249
Literatur.....	263
Autorinnen und Autoren	287
Dank	293
Personen- und Ortsregister.....	295

»Wir sind die, vor denen Euch die Linken immer schon gewarnt haben«: Eine Einleitung

Daniel Schmidt/Michael Sturm

Junge Menschen in Abendgarderobe stehen vor der barocken Kulisse eines Schlosses, in ihrer Mitte ein schnittig-mondäner Sportwagen. Lächelnd prostern sie mit ihren Sektgläsern in die Kamera. »Wir sind die, vor denen Euch die Linken immer schon gewarnt haben«, ist darüber zu lesen, darunter befindet sich das Logo des *Rings Christlich-Demokratischer Studenten* (RCDS). Mit diesem Wahlplakat warb der RCDS an der Wende zu den 1980er Jahren um Wählerstimmen – mit selbstironischen Hinweisen auf das »entzückende kleine Lustschlößchen«, das als Zweiggeschäftsstelle diene, sowie auf das »schnuckelige Zweitauto« sollten die Vorurteile der Kommilitoninnen und Kommilitonen entkräftet werden.¹ Tatsächlich konnte der christdemokratische Studentenverband, nicht zuletzt indem er sich bestimmte politische Praktiken seiner Gegner aneignete, durchaus bemerkenswerte Erfolge vorweisen: Bei den Wahlen zu den Studentenparlamenten im Jahr 1976 errang der RCDS beispielsweise rund ein Fünftel der Stimmen.² Noch weitaus erfolgreicher waren seine Mutterparteien CDU/CSU, die bei der Bundestagswahl im selben Jahr mit 48,6 Prozent ihr zweitbestes Ergebnis in der Geschichte der Bundesrepublik erzielten. Nicht nur die ungeahnten Höhenflüge der Unionsparteien bei Bundes- und Landtagswahlen, auch ihre rasant steigenden Mitgliederzahlen lassen auf eine beachtliche Attraktivität schließen. Vor allem junge Menschen engagierten sich zunehmend in der Union oder ihren Vorfeldorganisationen – der Politisierungsschub der 1970er Jahre wirkte sich also in allen politischen Lagern aus.³

1 Vgl. Thuß/Voigt, *RCDS*, 2001, S. 135. Es handelt sich um ein Plakat des RCDS Münster.

2 Ebd., S. 130ff.

3 Vgl. Schönbohm, *Die CDU wird moderne Volkspartei*, 1985, S. 149ff.; Lange, *Responsivität und Organisation*, 1994, S. 147–160; Bösch, *Macht und Machtverlust*, 2002, S. 213; Bösch, »Krise als Chance«, 2008, S. 289f.

Trotz der offenkundigen Evidenz dieser Mobilisierungs- und Politisierungsprozesse im christdemokratisch-konservativen Spektrum sind die 1970er Jahre im kollektiven Gedächtnis der Deutschen als ein Jahrzehnt verankert, in dem die Linke zwischen den beiden Polen SPD und RAF die politische und kulturelle Szenerie maßgeblich prägte. Die neuen sozialen Bewegungen gelten ebenso als ein dem linken Spektrum zuzuordnendes Phänomen wie die sich neu ausformenden Jugendsubkulturen, beispielsweise der Punk. Insbesondere Gerd Koenen hat dazu beigetragen, dieses Deutungsmuster zu verfestigen, indem er die Dekade zwischen 1967 und 1977 als ein *rotes Jahrzehnt* interpretierte.⁴ Dabei nahm er Topoi auf, die schon die zeitgenössische Diskussion bestimmt hatten, und spitzte sie in seiner Konzentration auf die (linken) Akteure jener »kleinen deutschen Kulturrevolution« erneut zu. Tatsächlich konzentrierte sich die bundesdeutsche Gesellschaft in den 1970er Jahren in ihrer Selbstwahrnehmung auf Phänomene, die – ein breites Verständnis dieses Begriffs vorausgesetzt – als *links* gelten können. Dies verdeutlichen beispielsweise die Ausdrücke, die von der *Gesellschaft für deutsche Sprache* in die Liste der »Wörter des Jahres« aufgenommen wurden.⁵ Neben dem Wortfeld Terrorismus, das vor allem in den späten 1970er Jahren mit Begriffen wie »Terrorismus/Terrorist«, »Sympathisant« (1977), »konspirative Wohnung« (1978) oder »Rasterfahndung« (1980) dominierend war, finden wir vor allem auch Wörter, die die wachsende Bedeutung der neuen sozialen Bewegungen bzw. des linksalternativen Milieus im öffentlichen Bewusstsein unterstreichen, so unter anderem »Umweltschutz«, »Umweltverschmutzung« (1971), »Szene« (1977), »Die Grünen« (1978), »alternativ« (1979) oder »Instandbesetzer« (1980).

Der erste zeithistorische Zugriff auf die 1970er Jahre wurde durch diese zeitgenössischen Wahrnehmungen und Deutungen geprägt.⁶ Ausgangs-

4 Vgl. Koenen, *Das rote Jahrzehnt*, 2001. In ähnlicher Weise ist auch der italienische Erinnerungsdiskurs über die 1970er Jahre profiliert, in dessen Mittelpunkt Straßengewalt und Terrorismus der *bleiernen Jahre* stehen, die als *links* konnotiert gelten. Vgl. Sinibaldi, »Il Sessantotto come luogo della memoria«, 2008; Tolomelli, »Jenseits von »Spaghetti und Revolvern«, 2009.

5 Der Titel »Wort des Jahres« wurde erstmalig 1971 und ab 1977 regelmäßig vergeben. In diesen »sprachlichen Jahresrückblick« werden Begriffe aufgenommen, »die die öffentliche Diskussion des betreffenden Jahres besonders bestimmt haben, die für wichtige Themen stehen oder sonst als charakteristisch erscheinen«. Vgl. Gesellschaft für deutsche Sprache, 01.08.2010, <http://www.gfds.de/aktionen/wort-des-jahres/>

6 Vgl. Bösch, »Krise als Chance«, 2008, S. 288.

punkt einer Sichtweise, die sich vor allem auf die *roten* Elemente der 1970er Jahre konzentriert, sind die Protestereignisse, die zwischen 1967 und 1969 Westdeutschland und die Welt bewegten und die in der Chiffre »1968« verdichtet wurden.⁷ Die Interpretationen dieses *Wunderjahrs* divergieren; bereits Zeitgenossen, die keineswegs ausschließlich oder überwiegend konservativ oder gar *reaktionär* waren, artikulierten massive Kritik an den ideologischen Orientierungen und der politischen Praxis der Studentenbewegung.⁸ Solche gegenläufigen Deutungen wurden im Erinnerungsdiskurs allerdings zunächst verschüttet – eine wichtige Voraussetzung für die hegemoniale Vorstellung von einem *roten Jahrzehnt* nach 1968. Als längerfristig wirksam erwies sich die Auffassung einer zweiten bzw. eigentlichen Gründung der Bundesrepublik im Zeichen fundamentalen gesellschaftlichen und kulturellen Wandels, die insbesondere von vormaligen Akteuren vertreten wurde. Zwar kann die Habermas'sche These der »Fundamentalliberalisierung« immer noch eine ebenso breite wie gewichtige Anhängerschaft hinter sich versammeln, die Rolle, die den 1968ern in diesem Prozess zukommt, ist inzwischen allerdings stark relativiert worden.⁹ Jenseits aller Kontroversen über die Verortung von »1968« besteht allerdings kaum ein Zweifel an dessen Zäsurcharakter – allein die fortgesetzte Intensität, mit der sich Zeitgenossenschaft, Publizistik und Wissenschaft an »1968« abarbeiten, belegt die grundlegende Bedeutung dieses Jahres.

Nicht nur 1968, auch das Jahrzehnt danach erweist sich als mehrdeutig¹⁰ – dies jenseits vorwissenschaftlicher Auffassungen zu verdeutlichen, ist das zentrale Anliegen dieses Bandes. Indem gegenläufige Bewegungen, alternative politische Auffassungen, Modelle sowie Akteure in der

7 Unter der ausufernden Forschungsliteratur jüngerer Datums, in der vergleichende bzw. transnationale Aspekte im Mittelpunkt stehen, seien hervorgehoben: Fink/Gassert/Junker, *1968*, 1998; Tolomelli, »Repressiv getrennt« oder »organisch verbündet«, 2001; Gilcher-Holtey, *68er-Bewegung*, 2003; Etzemüller, *1968*, 2005; Klimke/Scharloth, *1968*, 2007; Frei, *1968*, 2008; Ebbinghaus, *Die letzte Chance?*, 2008; Davis, *Changing the world, changing oneself*, 2010; Gassert, »Das kurze »1968««, 2010.

8 Vgl. u.a. Scheuch, *Wiedertäufer der Wohlstandsgesellschaft*, 1968; Sontheimer, *Das Elend unserer Intellektuellen*, 1976. Zu den Deutungskämpfen um »1968« vgl. Hacke, »1968«, 2003; Kraushaar, *Achtundsechzig*, 2008, S. 42–64.

9 Vgl. u.a. Schildt, »Materieller Wohlstand – pragmatische Politik – kulturelle Umbrüche«, 2000; Frese/Paulus, »Geschwindigkeiten und Faktoren des Wandels«, 2003; Herbert, *Wandlungsprozesse*, 2004; Hodenberg/Siegfried, »Reform und Revolte«, 2006; Kersting/Reulecke/Thamer, *Zweite Gründung der Bundesrepublik*, 2010.

10 Vgl. Schildt, »Die Kräfte der Gegenreform sind auf breiter Front angetreten«, 2004, S. 478.

»Mitte und rechts davon«¹¹ thematisiert, gewichtet und eingeordnet werden, möchten wir erste Ansatzpunkte einer differenzierten Betrachtungsweise liefern, in die wir auch internationale Perspektiven einbeziehen. Nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland, auch in anderen europäischen Staaten existierten Tendenzen in Politik, Kultur und Gesellschaft, die diffusen Vorstellungen eines sozialdemokratischen bzw. linken Zeitgeistes entgegenliefen. Daher stellt sich die grundsätzliche Frage, ob die 1970er Jahre nicht mit gleichem Recht auch als ein *schwarzes* Jahrzehnt bezeichnet werden könnten. Da Forschungen hierzu noch in den Anfängen stecken, liegt diesem Band die Idee zugrunde, Diskussionen und somit weitere Studien anzustoßen. Eine bloße Organisationsgeschichte ist nicht intendiert, vielmehr sind die Beiträge des Bandes vor dem Hintergrund des folgenden Referenzrahmens zu sehen, der gleichzeitig als Ausgangspunkt für weiterführende Überlegungen dienen soll.

Erstens: Den konzeptionellen Ausgangspunkt bildet, wie bereits angedeutet, die historische Zäsur »1968«. Hinter dieser Chiffre verbergen sich längerfristige politische, gesellschaftliche und kulturelle Entwicklungslinien, die letztlich zu einem fundamentalen Wandel der westlichen Industriestaaten führten. Diese komplexen, miteinander verwobenen Prozesse können hier nur angedeutet werden: In einer sich entfaltenden, international vernetzten Mediengesellschaft veränderten sich die Vorstellungen darüber, was unter Politik zu verstehen und wie Politik zu machen sei. Im Rahmen dieses Politisierungsschubs gerieten die vormals klaren Grenzen zwischen der politischen und der gesellschaftlichen Sphäre mehr und mehr in Fluss, als insbesondere größere Partizipationsmöglichkeiten eingefordert wurden. Es verschob sich jedoch nicht allein das politisch-kulturelle Koordinatensystem, auch die Anzeichen eines nachhaltigen sozioökonomischen Wandels mehrten sich. Mit diesen Herausforderungen sah sich die demokratische Rechte konfrontiert: Sie musste auf die Pluralisierung von Wertorientierungen und Lebensstilen ebenso eine Antwort finden, wie es notwendig wurde, sich zu einem neuen, erweiterten Demokratieverständnis zu verhalten. Wie nahmen ihre Akteure diese Entwicklungen wahr? Welche Schlüsse zogen sie für ihre politische Orientierung und ihre politische Praxis? Fand gar eine Aneignung bestimmter Elemente statt?

Zweitens: Das Geschehen um 1968 weist ebenso wie die geschilderten Wandlungsprozesse über nationalstaatliche Grenzen hinaus. Dies reflektie-

11 Glaser, »Die Mitte und rechts davon«, 1974.

rend, bezieht der Band nicht nur bundesdeutsche Entwicklungen ein, sondern erweitert den Blick auf benachbarte Staaten, insbesondere auf Italien, aber auch auf Österreich und Frankreich. Die Bundesrepublik, Italien und Österreich eint dabei ihre gemeinsame Vergangenheit als verschiedene Ausprägungen faschistischer Diktaturen und somit ihre gemeinsame Gegenwart als postfaschistische Staaten und Gesellschaften. Stärker noch als andere gesellschaftliche Gruppen mussten politische Strömungen und Kulturen, die rechts der Mitte standen, implizit oder explizit ihr Verhältnis zum historischen Nationalsozialismus, Faschismus oder *Austrofaschismus* klären. Teilweise je nach Standpunkt durch Duldung, Kollaboration oder gar Verbrechen diskreditiert und einem tendenziell steigenden gesellschaftlichen Druck ausgesetzt, der Auswüchse eines generellen Faschismusverdachts annehmen konnte, ergab sich für deren Akteure die Notwendigkeit, sich über ihren politischen Standpunkt in anderer Weise zu vergewissern als dies beispielsweise für *Tories* in Großbritannien oder Gaullisten in Frankreich der Fall war.

Daran anknüpfend ergibt sich ein *dritter* Aspekt, der die Perspektive des Bandes bestimmt. Es stellt sich die Frage nach der Beschaffenheit des Spektrums rechts der Mitte und damit nach Zuschreibungen und Definitionen. Als Ausgangspunkt schlagen wir eine ebenso holzschnittartige wie vorläufige Ausdifferenzierung in Christdemokratie, (Neo-)Konservatismus und Rechtsextremismus vor, wobei die Grenze zwischen der gemäßigt-demokratischen und der radikal-antidemokratischen Rechten im politischen Feld des Konservatismus verläuft. Die politischen Felder innerhalb des Spektrums sind jeweils nicht eindeutig gegeneinander abgegrenzt, es gibt vielmehr Berührungspunkte und Schnittmengen. Zudem sind nationale Besonderheiten in Rechnung zu stellen: Christliche Demokratie, Konservatismus und Rechtsextremismus nehmen innerhalb der jeweiligen politischen Kulturen jeweils andere Positionen ein und agieren in unterschiedlicher Weise. Dies findet seinen Niederschlag einerseits im jeweiligen geschichts- und politikwissenschaftlichen Diskurs, andererseits aber auch bereits in der Selbstdeutung der Akteure.

Diesen Akteuren eines *schwarzen* Jahrzehnts gilt es sich *viertens* zu nähern. In den letzten drei Jahrzehnten wurde die Geschichte des 20. Jahrhunderts verstärkt vor dem Hintergrund eines neubelebten Konzepts der politischen Generationen erschlossen und gedeutet. So wurde beispielsweise die Heimatfronterfahrung des Ersten Weltkriegs und deren Verarbeitung durch Kinder und Jugendliche als wesentliche Voraussetzung für das

Dritte Reich identifiziert, rekrutierten sich doch maßgebliche Trägergruppen des Nationalsozialismus aus der im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts geborenen Generation der Kriegsjugend.¹² Ein gewichtiger Einfluss auf die Reformprozesse der langen 1960er Jahre wird wiederum der so genannten Flakhelfergeneration zugeschrieben. Diese um 1930 herum geborenen *1945er* waren vom moralischen Bankrott des Nationalsozialismus ebenso geprägt wie von ihren Erfahrungen in der Nachkriegs- und Aufbauzeit: Demokratie verstanden sie als Chance und Aufgabe.¹³ Aus den Kindern der zweiten Nachkriegszeit formierte sich schließlich die politische Generation der 1968er. Welche Rolle innerhalb dieses Generationszusammenhangs politische Orientierungen jenseits der Linken spielten, ist bislang noch kaum erforscht.

Forschungsstand

Die Geschichtswissenschaft nimmt sich der Vergangenheit üblicherweise mit 30 Jahren Abstand an. Wer diese von den Sperrfristen der Archive abgeleitete Regel kennt, den verwundert es nicht, dass im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts die 1970er Jahre in den Fokus zeithistorischer Forschungen gerieten. Dementsprechend war in den letzten Jahren eine wahre Flut an Publikationen, Kongressen und Ausstellungen zu verzeichnen, die sich des Themas auf unterschiedliche Weise annahmen. Dabei standen vor allem die spektakulären Protestereignisse und die Akteure des im weitesten Sinne linken Spektrums im Mittelpunkt: So haben sich die neuen sozialen Bewegungen schon länger als eigenständiges, in erster Linie sozialwissenschaftliches Forschungsfeld etabliert.¹⁴ Die Geschichtswissenschaft hat inzwischen Überlegungen zum linksalternativen Milieu der 1970er Jahre beigesteuert.¹⁵ Für die organisatorische Ebene liegen auch erste Studien sowohl zur SPD und ihrem Umfeld als auch zu den *K-Gruppen* vor.¹⁶ Einen deutlichen Interessenschwerpunkt bildete jedoch vor allem der Linksterro-

12 Vgl. u.a. Herbert, *Best*, 1996; Wildt, *Generation des Unbedingten*, 2002.

13 Vgl. Bude, *Deutsche Karrieren*, 1987; Moses, »Die 45er«, 2000.

14 Vgl. u.a. Stamm, *Alternative Öffentlichkeit*, 1988; Zwick, *Neue soziale Bewegungen*, 1990; Della Porta/Rucht, »Left-Libertarian Movements«, 1995; Roth/Rucht, *Die sozialen Bewegungen*, 2007.

15 Vgl. u.a. Reichardt, »Authentizität und Gemeinschaftsbildung«, 2008.

16 Vgl. u.a. Süß, »Enkel auf den Barrikaden«, 2004; Kühn, *Stalins Enkel, Maos Söhne*, 2005.

rismus.¹⁷ Innerhalb dieses Gegenstandsbereichs haben sich die Forschungen auch in methodischer Hinsicht ausdifferenziert, insbesondere kulturgeschichtliche Fragestellungen haben an Bedeutung gewonnen. So prägen keineswegs Organisations- und Ereignisgeschichte die Diskussion, sondern vor allem Fragen nach der Bedeutung generationeller Zusammenhänge, nach Konstruktions- und Reproduktionsprozessen eines alternativen Milieus, nach Inszenierungspraktiken und nach lebensweltlichen Ausgestaltungen und Orientierungen.¹⁸ Der Topos vom *roten* bzw. *sozialdemokratischen Jahrzehnt* wurde so tendenziell weiter gefestigt.¹⁹ Zuletzt jedoch gewannen alternative Deutungsmuster an Relevanz, denen es weniger um die Typologisierung der bestimmenden Entwicklungslinien dieses Jahrzehnts geht als vielmehr um eine differenzierende Einordnung. In diesem Zusammenhang hat nun auch die Debatte um den historischen Ort der 1970er Jahre im 20. Jahrhundert begonnen.²⁰

Im Rahmen dieses Perspektivwechsels verdichtete sich das Interesse an politischen Mobilisierungsprozessen jenseits der Linken: Frühen Pionierstudien²¹ folgte inzwischen eine Reihe instruktiver Aufsätze, die zum einen die CDU in ihrem gesellschaftlich-kulturellen Kontext in den Blick nehmen²² und sich zum anderen auf ihr hochschulpolitisches Vorfeld konzentrieren.²³ Somit vollzieht die deutsche Forschung zu den 1970er Jahren nach, was die US-amerikanische Forschung für die 1960er Jahre bereits vorexerziert hat: Die lange Zeit vorherrschende Konzentration auf den zweifellos bemerkenswerten Aufstieg linker Ideen und linker Bewegungen wurde durch Studien relativiert, die sowohl die Beharrungskraft eines konservativen Lebensstils wie auch die Mobilisierungsfähigkeit konservativer

17 Vgl. Kraushaar, *RAF und der linke Terrorismus*, 2006; Weinhauer/Requate/Haupt, *Terrorismus in der Bundesrepublik*, 2006; Diewald-Kerkmann, *Frauen, Terrorismus und Justiz*, 2009.

18 Für die langen 1960er Jahre und somit auch für die frühen 1970er Jahre wegweisend: Siegfried, *Time is on My Side*, 2006.

19 Vgl. Faulenbach, »Sozialdemokratisches Jahrzehnt?«, 2004.

20 Doering-Manteuffel/Raphael, *Nach dem Boom*, 2008; Jarausch, *Ende der Zuversicht?*, 2008.

21 Vgl. u.a. Bartz, »Konservative Studenten«, 1998; Schildt, »Die Kräfte der Gegenreform sind auf breiter Front angetreten«, 2004. Erwähnenswert auch der – qualitativ allerdings recht heterogene – Sammelband von Becker/Dirsch/Winckler, *Die 68er und ihre Gegner*, 2003.

22 Bösch, »Krise als Chance«, 2008; Schmidt, »Die geistige Führung verloren«, 2010.

23 Hochgeschwender, »Catholic fraternity students«, 2006; Seitenbecher, »Revolution in verträglicher Dosis«, 2010.

Politik belegen.²⁴ Umfassende Analysen zur Wiederkehr konservativer Politik in der Bundesrepublik der 1970er Jahre, wie sie beispielsweise für den Thatcherismus in Großbritannien schon vorliegen,²⁵ fehlen allerdings weiterhin. Dies ist umso bemerkenswerter, da zeitgenössische Beobachter um die Mitte der 1970er Jahre tatsächlich eine Rückbesinnung auf konservative, teilweise auch auf rechtsextreme Positionen²⁶ festzustellen glaubten. Aus diesem Grunde entfalteten sowohl Mahner wie die der Sozialdemokratie nahestehenden Intellektuellen Helga Grebing und Martin Greiffenhagen²⁷ als auch Befürworter – neokonservative Autoren wie Gerd-Klaus Kaltenbrunner oder bekennende Faschisten wie Armin Mohler²⁸ – rege publizistische Aktivitäten. Diese Deutungskämpfe um die *Tendenzwende* wurden zuletzt im Rahmen der aufstrebenden Ideengeschichte der Bundesrepublik rezipiert, in deren Fokus insbesondere sogenannte *liberalkonservative* Denker, beispielsweise Hermann Lübke oder Wilhelm Hennis, gerieten.²⁹

Die Aufgabe einer politischen Kulturgeschichtsschreibung zur anderen Seite der 1970er Jahre, die sich auf politische und kulturelle Praktiken des rechten Spektrums konzentriert, besteht darin, diese Ansätze ebenso wie diejenigen älterer, vornehmlich politikwissenschaftlicher Studien aufzunehmen und fortzuentwickeln.³⁰ Dabei wird sich die zeithistorische Forschung drei Herausforderungen stellen müssen: *Erstens* werden Prozesse zum historischen Forschungsgegenstand, die bereits von den Gegenwartswissenschaften, vor allem der Politikwissenschaft, durchleuchtet worden sind. Dies gilt für die Parteienforschung³¹ ebenso wie für das Themenfeld

24 Vgl. Farber, »Silent Majority«, 1994; Andrew, *Other side of the sixties*, 1997; Klatch, *A generation divided*, 1997; Farber/Roche, *Conservative 60s*, 2003; de Groot, *60s Unplugged*, 2008. Für die 1970er Jahre vgl. Schulman, »The Empire strikes back«, 2008.

25 Geppert, *Thatchers konservative Revolution*, 2002.

26 Vgl. Bringmann/Gerhard, »Sie kamen mit Knüppeln und Messern!«, 1979.

27 Vgl. Grebing, *Aktuelle Theorien über Faschismus und Konservatismus*, 1974; Greiffenhagen, *Der neue Konservatismus*, 1974; Greiffenhagen, *Freiheit gegen Gleichheit?*, 1975.

28 Kaltenbrunner, *Rekonstruktion des Konservatismus*, 1972; Kaltenbrunner, *Plädoyer für die Vernunft*, 1974; Mohler, *Von rechts gesehen*, 1974; Mohler, *Tendenzwende für Fortgeschrittene*, 1978.

29 Hacke, *Philosophie der Bürgerlichkeit*, 2006; Schlak/Hennis, *Szenen einer Ideengeschichte*, 2008; Graf, »Grenzen des Wachstums«, 2008; Bavaj, »Verunsicherte Demokratisierer«, 2008.

30 Vgl. Grafe, *Schwarze Visionen*, 1986; Leggewie, *Der Geist steht rechts*, 1987.

31 Zur CDU vgl. insbesondere Schönbohm, *Die CDU wird moderne Volkspartei*, 1985; Lange, *Responsivität und Organisation*, 1994.

Rechtsextremismus.³² Sozialwissenschaftliche Erkenntnisse zu reflektieren, zu prüfen, zu erweitern und zu historisieren gehört dementsprechend zu den spezifischen Aufgaben einer gegenwartsnahen Zeitgeschichtsforschung.³³ In diesem Zusammenhang ist es *zweitens* erforderlich, klassische historische Zugänge in sinnvoller Weise mit neueren kulturgeschichtlichen Perspektiven zu verbinden. Eine Untersuchung innerer und äußerer Mobilisierungsprozesse – welche Reaktionen erfolgen auf die Erosion der Milieustrukturen, wie werden erfolgreiche Wahlkämpfe organisiert? – müsste demnach Fragen nach lebensweltlichen Orientierungen, nach Alltagspraktiken oder auch Wahrnehmungs- und Deutungsmustern der Akteure, besonders auch jenseits der parteipolitischen Führungsgremien und Eliten, enthalten. *Drittens* ist es dringend geboten, komparative Ansätze zu verfolgen, wie sie beispielsweise für das Feld der neuen sozialen Bewegungen oder auch den linken Terrorismus bereits realisiert worden sind.³⁴ Eine erste Studie, die neofaschistische Reaktionen auf »1968« in Italien und Frankreich vergleicht, liegt bereits vor.³⁵

Hypotheken, Neuanfänge und Kontinuitäten: Christliche Demokratie, (Neo-)Konservatismus und extreme Rechte in den postfaschistischen Gesellschaften

Zwar enthält dieser Band zu den *schwarzen* 1970er Jahren neben Beiträgen zur Bundesrepublik auch Aufsätze zu Italien, Österreich und Frankreich, die Forderung nach vergleichenden Studien löst er gleichwohl nicht ein. Es geht zunächst um Bestandsaufnahmen, die jeweils von nationalen Fragestellungen und Perspektiven ausgehen. Die Kompilation bietet mithin eine erste Möglichkeit, eine auf die Bundesrepublik fokussierte Perspektive zu überwinden und internationale Entwicklungen und Zusammenhänge in

32 Zum Forschungsstand vgl. Klärner/Kohlstruck, *Moderner Rechtsextremismus*, 2005; Minkenberg, *Demokratie und Desintegration*, 2005; Braun/Geisler/Gerster, *Strategien der extremen Rechten*, 2009.

33 Vgl. Doering-Manteuffel/Raphael, *Nach dem Boom*, 2008, S. 12.

34 Vgl. u.a. Della Porta, *Social Movements*, 1995; Della Porta/Rucht, »Left-Libertarian Movements in Context«, 1995; Willems, *Jugendunruhen und Protestbewegungen*, 1997; Colin/de Graaf/Pekelder/Umlauf, *Der »Deutsche Herbst«*, 2008; Pekelder, »Dynamiken des Terrorismus«, 2009.

35 Vgl. Mammone, »Transnational Reaction to 1968«, 2008.

den Blick zu nehmen. Im Mittelpunkt des Bandes stehen die postfaschistischen Gesellschaften der Bundesrepublik Deutschland, Italiens und Österreichs, ergänzt um Frankreich, das als wichtigstes Ideenlaboratorium einer neuen Rechten zentrale Referenzgröße ist. Obwohl mittlerweile zahlreiche komparative Studien zur NS-Diktatur und dem faschistischen Italien vorliegen,³⁶ ist das Vergleichspotential zwischen den postfaschistischen Gesellschaften beider Länder bislang nur ansatzweise ausgelotet worden – so beispielsweise im Hinblick auf mögliche Zusammenhänge zwischen faschistischer Vergangenheit und nachgeholten Gegenreaktionen in Gestalt eines außergewöhnlich aktiven Linksterrorismus.³⁷

Aber auch über dieses Phänomen hinausgehend bietet sich eine komparative Betrachtungsweise an, waren die politischen Kulturen der Bundesrepublik, Italiens und Österreichs doch maßgeblich durch die jeweils unterschiedlich akzentuierte Auseinandersetzung mit einer jeweils unterschiedlich ausgeprägten faschistischen Vergangenheit gekennzeichnet. Aus dieser Ausgangslage ergaben sich für politische Akteure christdemokratischer, konservativer und neofaschistischer Provenienz durchaus unterschiedliche Problemlagen bzw. Chancen: Während sich beispielsweise Christdemokraten mit dem Verweis auf die Resistenz kirchennaher Milieus in der Zeit des Nationalsozialismus zu legitimieren versuchten und eine Debatte über deren partielle Kooperationsbereitschaft und Anpassung weitgehend erfolgreich vermeiden konnten, waren Konservative – Deutschnationale in der Bundesrepublik ebenso wie Anhänger der Monarchie in Italien – durch ihre weitgehende Komplizenschaft mit den Regimes mehrheitlich diskreditiert. Akteure, die sich positiv auf den Nationalsozialismus, den Faschismus oder andere extrem rechte Strömungen der Zwanziger Jahre, wie beispielsweise die Ideenwelt der *Konservativen Revolution*,³⁸ bezogen, blieben in der politischen Kultur beider Länder zunächst randständig. In Italien standen sie außerhalb des Verfassungsbogens, in Westdeutschland blieben sie bis zum Aufstieg der NPD in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre – von regionalen Ausnahmen abgesehen – marginalisiert. In Österreich wiederum entstand erst im Jahr 1954 mit dem *Verband der Unabhängigen* (VdU) als

36 Vgl. u.a. Dipper u.a., *Faschismus und Faschismen im Vergleich*, 1997; Reichardt/Nolzen, *Faschismus in Italien und Deutschland*, 2005; Schieder, *Faschistische Diktaturen*, 2009.

37 Vgl. Fetscher, *Terrorismus und Reaktion*, 1981; Fritzsche, »Terrorismus«, 1988; zuletzt Hauser, »Deutschland, Italien, Japan«, 2006.

38 Zur Ideenwelt der *Konservativen Revolution* vgl. Greiffenhagen, *Dilemma des Konservatismus*, 1971, S. 241–256; Sontheimer, *Antidemokratisches Denken*, 1978; Breuer, *Anatomie der Konservativen Revolution*, 1993.

Vorläuferorganisation der *Freiheitlichen Partei Österreichs* (FPÖ) ein parteipolitisches Sammelbecken für (ehemalige) Nationalsozialisten und Anhänger des deutschnationalen, sogenannten dritten Lagers.³⁹

Neben der Notwendigkeit, sich zur diktatorischen Vergangenheit zu verhalten, ergab sich aus dem bereits vollzogenen Abschied vom Imperium eine weitere Gemeinsamkeit zwischen der deutschen, italienischen und österreichischen Rechten: Während in der französischen Gegenwart der 1960er Jahre der Dekolonisierungsprozess, insbesondere vermittelt durch den Algerienkrieg, eine überragende Rolle im politischen Diskurs einnahm und die Rechte in diesem Kontext daran ging, ihre Vorstellungen von Macht und Größe neu zu bestimmen,⁴⁰ waren die – realisierten oder projizierten – Großreiche Österreichs, Italiens und Deutschlands bereits 1918, 1943 und 1945 endgültig kollabiert und mit ihnen deren imperiale Ansprüche.

Dieser erste Blick auf die Konstellationen grundsätzlicher Gemeinsamkeit verdeutlicht zugleich wesentliche Unterschiede. Aus den jeweiligen Ursprüngen, Verläufen und Untergängen der Diktaturen ergaben sich in Österreich, in Italien und in der Bundesrepublik Deutschland unterschiedliche Interpretationsmodelle, Erinnerungskulturen und politische Referenzrahmen.⁴¹ In Österreich überlagerte der *Opfer-Mythos*, das weithin geteilte exkulpierende Deutungsmuster, das Land sei mit dem *Anschluss* an das Deutsche Reich im Jahr 1938 zum ersten Opfer nationalsozialistischer Expansion geworden, bis in die 1980er Jahre eine kritische Auseinandersetzung mit *Austrofaschismus* und Nationalsozialismus.⁴² Organisatorisch und kulturell bestanden die alten extrem rechten Milieus, ungeachtet der Existenz eines NS-Verbotsgesetzes, vor allem in Teilen der Studentenverbindungen, der Heimatschutzverbände, aber auch unter dem Dach der

39 Vgl. Bailer-Galanda/Neugebauer, *Haider und die Freiheitlichen*, 1997, S. 13

40 Vgl. Schmid, *Die Rechten in Frankreich*, 1998; Minkenbergh, *Die neue radikale Rechte im Vergleich*, 1998.

41 Vgl. u.a. Bergmann/Erb/Lichtblau, *Schwieriges Erbe*, 1995; Cornelißen/Klinkhammer/Schwentker, *Erinnerungskulturen*, 2003.

42 Vgl. Göllner, *Die politischen Diskurse zu Entnazifizierung*, 2009. Zum Nationalsozialismus bzw. Austrofaschismus vgl. u.a. Carsten, *Fascist Movements in Austria*, 1977; Tólos/Neugebauer, *Austrofaschismus*; Lauridsen, *Nazism and the Radical Right*, 2007; zuletzt auch Thorpe, »Austrofaschismus«, 2010, die Eric Voegelins klassische Studie zum *autoritären Staat* in Österreich einer Re-Lektüre unterzieht.

FPÖ fort.⁴³ Darüber hinaus war der Rückgriff auf antisemitische Ressentiments in der politischen Kultur der Zweiten Republik keineswegs tabuisiert. Dies zeigte sich beispielsweise während des Nationalratswahlkampfes 1970, als Bundeskanzler Josef Klaus (ÖVP) mit dem Slogan »Ein echter Österreicher« gegen seinen sozialdemokratischen Herausforderer Bruno Kreisky antrat, der als Jude und Remigrant offenkundig nicht als »echter Österreicher« gelten konnte.⁴⁴ Antisemitische Untertöne begleiteten auch die *Waldheim-Affäre* 1986/1987, die zwar einerseits zu einem kritischeren Umgang mit der NS-Vergangenheit in Österreich führen sollte. Andererseits begann Mitte der 1980er Jahre aber auch der scheinbar unaufhaltsame Aufstieg des Jörg Haider und seiner weit nach rechts gerückten FPÖ. Die Netzwerke, auf die er dabei bauen konnte, stützten sich, wie der Meinungsforscher Fritz Plasser urteilt, auf

»Funktionäre, aufgewachsen im reaktionär-dumpfen Umfeld diverser »Heimatsdienste«, »Abwehrkämpfer«, »Turnerbünde«, schlagender Verbindungen, teutonischer Phrasen, chauvinistischer Deutschtümelei, Geschichtsverzerrung, der bizarren Subkultur ehemaliger Nationalsozialisten, unbeherrschter Ex-Parteigenossen, übelkeitserregender Veteranenrituale.«⁴⁵

In Italien führte das mehrdeutige Ende der Diktatur zwischen 1943 und 1945 zu einem äußerst komplexen Verhältnis zur eigenen Vergangenheit. Zwar erfolgte zunächst eine heftige Abrechnung mit dem Faschismus, der neben Benito Mussolini tausende weitere bedeutende und unbedeutendere Exponenten des Regimes zum Opfer fielen. Bereits im Folgejahr jedoch erließ die Regierung großzügige Amnestiegesetze, von denen die Anhänger Mussolinis und der *Repubblica Sociale Italiana* (RSI), der Italienischen Sozialrepublik von Salò, profitierten.⁴⁶ Vor diesem Hintergrund gründete sich bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit mit dem *Movimento Sociale Italiano* (MSI) eine Partei, die sich kaum verhüllt als Erbin des Salò-Faschismus betrachtete. Obwohl vom konstitutiven *Resistenza*-Mythos der

43 Vgl. Schiedel/Zellhofer, »Personal für die Dritte Republik«, 1995; Gehler, »Rechtskonservatismus, Rechtsextremismus und Neonazismus«, 1995; Schiedel, *Der rechte Rand*, 2007, S. 69ff.

44 Vgl. Pelinka/Sickinger/Stögner, *Kreisky – Haider*, 2008.

45 Zitiert nach: Bailer/Neugebauer, »FPÖ«, 1994, S. 368.

46 Vgl. Woller, *Abrechnung mit dem Faschismus*, 1996; Cornelißen/Klinkhammer/Schwentker, »Nationale Erinnerungskulturen«, 2003, S. 17; Schieder, »Kriegsregime des 20. Jahrhunderts«, 2003, S. 29; Jansen, *Italien seit 1945*, 2007, S. 16ff.

neuen Republik⁴⁷ ausgeschlossen und außerhalb des Verfassungsbogens stehend, konnte sich der MSI als zwar marginalisierter, aber stabiler Bestandteil des italienischen Parteiensystems etablieren. Durch permanente Flügelkämpfe zwischen moderaten und kompromisslos systemoppositiven Kräften immer wieder vor Zerreißproben gestellt, wurde die Partei nicht zuletzt durch das gemeinsame Anliegen einer Rehabilitierung des historischen Faschismus und der RSI zusammengehalten.⁴⁸ Seit Mitte der 1990er Jahre gelangten die Erben des MSI im Zuge verschiedener Mitte-rechts-Koalitionen immer wieder in die Regierungsverantwortung der Zweiten Republik. Gerade in diesem Zusammenhang sind in jüngster Zeit nachhaltige Verschiebungen in der Vergangenheitsdeutung zu beobachten: So bekundete der italienische Verteidigungsminister Ignazio La Russa, der seit seiner Jugend als Funktionär im MSI aktiv gewesen war, im September 2008, dass den Soldaten Mussolinis und der RSI der gleiche Respekt entgegenzubringen sei wie den Kämpfern der *Resistenza*.⁴⁹ Bereits im Jahr 2000 hatte sein langjähriger Parteifreund Francesco Storace, zu diesem Zeitpunkt Präsident der Region Latium und später italienischer Gesundheitsminister, dazu aufgerufen, die Schulgeschichtsbücher von den vermeintlichen Manipulationen der Linken zu säubern, das heißt die Darstellung des Faschismus einer nachhaltigen Revision zu unterziehen.⁵⁰

Deutschland schließlich hatte nicht nur mit einer völligen moralischen Diskreditierung, sondern auch mit einer totalen Niederlage und einer daraus resultierenden prekären Staatlichkeit umzugehen. Der sich entfaltende Kalte Krieg bot jedoch vergangenheitspolitische Chancen: So bezog die CDU, als Sammlungspartei des politischen Katholizismus, des Nationalliberalismus und des Konservatismus ein einzigartiges Erfolgsmodell, aus ihrem ostentativen Antikommunismus einen bedeutenden Teil ihrer integrativen Kraft.⁵¹ Insgesamt war, wie Norbert Frei gezeigt hat, die erste Dekade der Bundesrepublik durch eine Vergangenheitspolitik gekenn-

47 Vgl. Großbölting, »Le memorie della Repubblica«, 2005; zuletzt Lingen, »Giorni di Gloria«, 2009.

48 Vgl. Chiarini, »Movimento Sociale Italiano«, 1991.

49 *Süddeutsche Zeitung* vom 10.09.2008, abzurufen unter <http://www.sueddeutsche.de/politik/faschismus-streit-in-italien-mussolinis-schatten-1.702916>

50 Vgl. Klinkhammer, »Der neue »Antifaschismus««, 2010, S. 267. Zum aktuellen italienischen Diskurs über den Faschismus in Vergangenheit und Gegenwart vgl. Vollmer, *Politische Kultur des Faschismus*, 2007, S. 35–53.

51 Vgl. Bösch, *Macht und Machtverlust*, 2002, S. 15; Schildt, »Der deutsche Konservatismus«, 2003, S. 44f.

zeichnet, die einerseits darauf abzielte, vormalige Parteigänger des Nationalsozialismus administrativ in die junge Demokratie zu integrieren, andererseits um normative Abgrenzung zum Nationalsozialismus bemüht war. Diese Haltung kam letztlich auch im Verbot der *Sozialistischen Reichspartei* (SRP) als faktischer Nachfolgepartei der NSDAP zum Ausdruck.⁵² Eine Rehabilitation nationalsozialistischer Ideologeme in der politischen Kultur der Bundesrepublik stand somit außerhalb des Denkbaren, nicht zuletzt aufgrund der entschlossenen Kontrolle durch die Siegermächte.

Gleichwohl existierten auch in den 1950er Jahren regional unterschiedlich ausgeprägte rechtsextreme Gegenkulturen.⁵³ Wahlerfolge wie sie die SRP in Niedersachsen erzielen konnte, wo die Partei bei den Landtagswahlen 1952 beinahe elf Prozent erreichte, blieben zwar die Ausnahme, nationalistische Forderungen und NS-apologetische Deutungsmuster waren in der Öffentlichkeit jedoch durchaus präsent.⁵⁴ Zu nennen sind hier beispielsweise die Treffen der in der *Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit* (HIAG) organisierten ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS, an denen zeitweise mehrere tausend Personen teilnahmen.⁵⁵ Eine Welle antisemitischer Schmieraktionen zur Jahreswende 1959/1960, die auch im Ausland große Beachtung fand, machte zudem auf das offenkundige Fortbestehen rechtsextremer Einstellungsmuster in Teilen der bundesdeutschen Gesellschaft, nicht zuletzt unter Jugendlichen, aufmerksam.⁵⁶ Erst in den 1960er Jahren formierte sich jedoch in Gestalt der NPD eine Sammlungspartei der *alten Rechten*, die Deutschnationale ebenso integrierte wie ehemalige Nationalsozialisten. Ihre beachtlichen Erfolge – bis 1969 zog die NPD in sieben Landtage ein – gründeten nicht zuletzt darauf, dass es der Partei gelang, sich gegenüber einer angeblich nach links gerückten CDU/CSU als *nationale Opposition* zu profilieren.⁵⁷

Diesem parlamentarischen Wiederaufleben des deutschen Rechtsextremismus fehlte jedoch jegliche Bewegungsorientierung, die für die histori-

52 Vgl. Frei, *Vergangenheitspolitik*, 1996; Hansen, *Sozialistische Reichspartei*, 2007.

53 Vgl. Weisbrod, *Rechtsradikalismus und politische Kultur*, 1995.

54 Vgl. Buschke, *Deutsche Presse*, 2003; Dudek/Jaschke, *Entstehung und Entwicklung des Rechts-extremismus*, 1984; Jenke, *Verschwörung von Rechts?*, 1961; Büsch/Furth, *Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland*, 1957.

55 Vgl. Wilke, »Organisierte Veteranen der Waffen-SS«, 2005.

56 Vgl. Ciupke/Reichling, »Unbewältigte Vergangenheit«, 1996, S. 19.

57 Vgl. Hoffmann, *NPD*, 1999; Schmollinger, »Nationaldemokratische Partei Deutschlands«, 1984; Niethammer, *Angepaßter Faschismus*, 1969; Kühnl/Rilling/Sager, *NPD*, 1967.

sche NSDAP charakteristisch gewesen war und die auch die Aktionsformen der italienischen Neofaschisten nach 1945 prägten. Erst seit den 1970er Jahren, nach dem rapiden Niedergang der NPD in Folge ihres Scheiterns bei der Bundestagswahl 1969, entstand in der Bundesrepublik eine militante Neonaziszene, die sich jenseits formaler Parteistrukturen organisierte. Deren Auftreten war gekennzeichnet durch den demonstrativen Gebrauch nationalsozialistischer Ausdrucksformen und Symbole in der Öffentlichkeit sowie eine von martialischen Inszenierungspraktiken geprägte, bisweilen gewaltorientierte Straßenpolitik, die erklärtermaßen an die Traditionslinien der historischen SA anknüpfen sollte.⁵⁸ Zur gleichen Zeit bildeten sich zudem rechtsterroristische Gruppierungen heraus, deren Angehörige während der 1970er und 1980er Jahre eine Reihe von Mord- und Sprengstoffanschlägen verübten.⁵⁹

Teile der westdeutschen Neonaziszene griffen nun verstärkt auf Praktiken zurück, die schon seit längerem für neofaschistische Gruppen in Italien kennzeichnend waren. Dort hatte vor allem der Rechtsterrorismus weitaus tödlichere Dimensionen als in der Bundesrepublik angenommen.⁶⁰ Welche Bedeutung in diesem Kontext spezifischen deutsch-italienischen Rezeptions- und Transferprozessen zukam, ist bislang kaum erforscht. Bemerkenswert erscheint beispielsweise die zeitliche Nähe zwischen dem verheerenden, von Neofaschisten verübten Sprengstoffanschlag im August 1980 auf den Bahnhof von Bologna, dem 85 Menschen zum Opfer fielen und der von einem Anhänger der *Wehrsportgruppe Hoffmann* verursachten Bombenexplosion auf dem Münchner Oktoberfest im September 1980, die 14 Tote forderte. Die Frage nach Transfer und Rezeption ideologischer Theoreme und politischer Praktiken ist freilich auch in anderen Bereichen zu stellen. Hinsichtlich der Rezeption Antonio Gramscis in neurechten Kreisen Frankreichs und deren Export nach Deutschland⁶¹ ist ein wichtiges Forschungsfeld bereits betreten worden, das aber noch weiteres Potential birgt: So ist über die Adaption des Konzepts der kulturellen Hegemonie durch die demokratische Rechte in Deutschland, personifiziert

58 Antifaschistisches Autorenkollektiv, *Drabtzüher im braunen Netz*, 1996.

59 Vgl. Heymann, *Die »Oktoberfestbombe«*, 2008; Winterberg, *Der Rebell*, 2004; Fromm, *»Wehrsportgruppe Hoffmann«*, 1998; Chaussy, *Oktoberfest*, 1985.

60 Hürter, *»Anti-Terrorismus-Politik«*, 2009, S. 333.

61 Vgl. Gessenharter/Pfeiffer, *Neue Rechte*, 2004; Cremet/Krebs/Speit, *Jenseits des Nationalismus*, 1999; Gessenharter/Fröchling, *Rechtsextremismus und Neue Rechte*, 1998; Feit, *Neue Rechte*, 1987.

beispielsweise durch den CDU-Generalsekretär Kurt Biedenkopf, noch kaum systematisch geforscht worden.⁶²

Die in organisatorischer, kultureller und mentaler Hinsicht differierenden Ausprägungen des Rechtsextremismus in den postfaschistischen Staaten resultierten nicht nur aus den jeweils unterschiedlichen Bezugnahmen auf die Vergangenheit, sondern ergaben sich auch aus den Integrations- und Deutungsangeboten der großen Volksparteien der demokratischen Rechten. Obwohl es sich sowohl bei der DC als auch bei CDU/CSU um Sammlungsparteien neuen Typs handelte, die zahlreiche strukturelle Gemeinsamkeiten aufwiesen, verfügten die deutschen Christdemokraten bzw. Christsozialen über ein weitaus größeres integratives Potential als ihre europäischen Schwesterparteien. So waren die deutschen Unionsparteien mit ihrem jugendpolitischen Vorfeld in der Lage, die Gegenmobilisierung zu »1968« in den 1970er Jahren weitgehend aufzufangen. Dies bedeutete auch, dass CDU/CSU ihr in der Hochphase des Kalten Krieges geprägtes, dezidiert antikommunistisches Profil beibehielten und zugespitzt im Slogan »Freiheit statt Sozialismus« gegen die sozialliberale Koalition wendeten. Ein prononciert konservativer Parteiflügel, zu dessen prominentesten Vertretern besonders der CSU-Vorsitzende und seit 1978 als bayrischer Ministerpräsident amtierende Franz Josef Strauß zählte, band auch das extrem rechte Wählerpotential und begrenzte die Erfolgsaussichten der rechts von der Union stehenden Parteien. Obwohl um die Mitte der 1970er Jahre laut über eine eigenständige, nationalkonservative *Vierte Partei* nachgedacht wurde, vor allem in Gestalt einer Ausdehnung der CSU über die Grenzen Bayerns hinaus, behielten die Befürworter einer integrativen Strategie zunächst die Oberhand.⁶³ Im Laufe der 1980er Jahre allerdings erhoben sich im konservativen Spektrum erneut Stimmen, die das Ausbleiben der »geistig-moralischen Wende« beklagten, die von Bundeskanzler Helmut Kohl beim Regierungsantritt der schwarz-gelben Koalition im Jahr 1982 angekündigt worden war. Die Integrationsfähigkeit der Union zum rechten Rand hin begann zu schwinden. Nachdem für beinahe zwei Dekaden rechtsextreme Parteien in der Bedeutungslosigkeit verschwunden waren, gelang es vor allem den im Jahr 1983 gegründeten *Republikanern* mit ihrem rhetorisch gewandten Vorsitzenden Franz Schönhuber, vereinzelt auch der *Deutschen Volksunion* (DVU) am Ende der 1980er und am Beginn

62 Vgl. Schmidt, »Die geistige Führung verloren«, 2010, S. 100f.

63 Zur *Vierten Partei* bzw. der *Aktionsgemeinschaft VIERTE PARTEI* (AVP) vgl. Stöss, »Aktionsgemeinschaft Vierte Partei«, 1983.

der 1990er Jahre, eine Reihe aufsehenerregender Wahlerfolge zu erzielen.⁶⁴ In Italien war die DC nach 1968 nicht im gleichen Maße wie die Unionsparteien in Westdeutschland in der Lage, Mobilisierungsprozesse innerhalb der politischen Rechten zu kanalisieren. Unter den politisierten Jugendlichen galt die ewige Regierungspartei als Inkarnation der Unbeweglichkeit – systemkritische junge Aktivisten, die sich weder von den Positionen noch von den Lebenswelten der neuen Linken angezogen fühlten, fanden ihre politische Heimat dementsprechend vor allem bei den Neofaschisten. Dies wird nicht zuletzt in den in diesem Band versammelten Beiträgen deutlich.

Beiträge

Nicolai Hannig und *Massimiliano Livi* skizzieren in ihrem Aufsatz die Dimensionen der mit der Chiffre »1968« verknüpften politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Umbrüche in der Bundesrepublik Deutschland und in Italien. Dabei werden vor allem signifikante Unterschiede deutlich. Zwar waren die sich auf verschiedenen Ebenen vollziehenden Veränderungsprozesse Ausdruck längerfristiger Entwicklungen, die in beiden Staaten schon lange vor dem Epochenjahr »1968« eingesetzt hatten. Ebenso lassen sich im Hinblick auf die seit Mitte der 1960er Jahre entstehenden Protestbewegungen ähnlich verlaufende Radikalisierungsmuster konstatieren, für die nicht zuletzt die Konfrontation mit der Staatsmacht eine zentrale Rolle spielten. In Italien blieb jedoch die gesellschaftliche Mobilisierung anders als in der Bundesrepublik nicht vorwiegend auf die Hochschulen beschränkt. Vielmehr avancierten hier die Fabriken der seit den 1950er Jahren rasch expandierenden norditalienischen Industriezentren zu Schauplätzen heftig ausgetragener Konfrontationen um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Einen großen Teil der Protestakteure bildeten junge, oftmals aus dem Süden Italiens zugewanderte Arbeiter, die kaum über enge Bindungen an die traditionellen (kommunistisch geprägten) Gewerkschaften und deren Handlungsmuster verfügten. In den Auseinandersetzungen in Italien in den Jahren 1968/1969 spitzten sich demnach nicht nur kulturelle, sondern auch soziale Konfliktfelder zu. Ähnlich der Entwicklung in der Bundesrepublik differenzierte sich die Protestbewe-

64 Vgl. Jaschke, *Die Republikaner*, 1994; Stöss, *Die Republikaner*, 1990.

gung seit dem Beginn der 1970er Jahre in unterschiedliche Strömungen und Szenen aus. Links des PCI und der Gewerkschaften entstand eine vielschichtige Gegenkultur, die den Kern einer zweiten, eher postmaterialistisch orientierten Protestwelle des *Settantasette* bilden sollte. In viel stärkerem Maße als in der Bundesrepublik, in der sich zur gleichen Zeit ebenfalls eine lebendige Alternativbewegung formierte, waren die Auseinandersetzungen in Italien in den Jahren um 1977 von äußerst gewalttätigen Zusammenstößen zwischen Polizei und *Carabinieri* auf der einen Seite und Teilen der Protestakteure auf der anderen Seite geprägt. Einen weiteren Unterschied stellte die Herausbildung einer im Vergleich zu ihrem bundesdeutschen Pendant weitaus breiteren und aktiveren militanten extrem rechten Gegenkultur dar, die *Hannig* und *Livi* als Ausdruck einer »übergreifenden generationellen Matrix der Jugend des *Settantasette*« verstehen, »die auf der Ablehnung der bürgerlichen Kultur und der westlichen Welt basierte.«

Linde Apel und *Anna von der Goltz* konzentrieren sich in ihren Beiträgen auf die akademische Jugend in der Bundesrepublik. *Apel* kann zeigen, wie an den Oberschulen zwar Impulse der Studentenbewegung aufgenommen wurden, dies aber nicht notwendigerweise zu einer politischen Radikalisierung führen musste. Von der steigenden Bereitschaft zu politischem Engagement bei gleichzeitiger Distanzierung von systemüberwindenden Positionen bereits unter Gymnasiasten profitierte das jugendpolitische Vorfeld der CDU – wenn auch verspätet – in durchaus beachtlicher Weise: Die Gründung der *Schüler-Union* (SU) zu Beginn der 1970er Jahre war der wichtigste Reflex auf die Entwicklung. Anhand von Zeitzeugenbefragungen wird deutlich, dass oftmals weniger profunde politische Überzeugungen als vielmehr jugendspezifische Aufsässigkeit den wichtigsten Impuls lieferten, sich gegen den herrschenden Zeitgeist zu exponieren. Dabei hatten sie dennoch keine Berührungsängste, sondern zeigten sich bereit, Themen und Methoden des politischen Gegners zu adaptierten. Ähnliche Prozesse weist *von der Goltz* mittels eines generationsgeschichtlichen Ansatzes innerhalb der westdeutschen Studierendenschaft nach. In ausdrücklicher Abgrenzung zum radikalen Aktivismus der linksorientierten *Außerparlamentarischen Opposition* (APO), speziell des *Sozialistischen Deutschen Studentenbundes* (SDS), formierte sich innerhalb des *Rings Christlich-demokratischer Studenten* (RCDS), aber auch in den zahlreichen konservativen Studentenunions eine regelrechte Gegengeneration, die sich besonnene Reformorientierung und entideologisierten Pragmatismus auf die Fahnen

schrrieb. Diese »alternativen 68er« führten mit ihren Generationengenossen nicht nur eine politische Auseinandersetzung, sondern auch einen fortgesetzten Kampf um ihren Platz innerhalb einer zwar polarisierten, aber dennoch übergreifenden Generationengemeinschaft von 1968 und somit auch um ihren Ort in der kollektiven Erinnerung.

Nikolai Wehrs und *Thomas Kleinknecht* rekurren weniger auf das gymnasiale und universitäre Rekrutierungsreservoir künftiger gesellschaftlicher Eliten. Sie nehmen vielmehr Institutionen in den Blick, innerhalb derer die amtierenden gesellschaftlichen Eliten ihre Reaktion auf »1968« formulierten und organisierten. *Wehrs* konzentriert sich auf den *Bund Freiheit der Wissenschaft* (BFW), in dem sich ab 1970 vor allem bundesdeutsche Professoren zusammengeschlossen hatten, um den aus ihrer Sicht gefährlichen gesellschafts- und bildungspolitischen Folgen der Studentenbewegung entgegenzuwirken. Der BFW wurde mit seinen Aktivitäten insbesondere auf dem hochkontroversen Feld der Bildungspolitik zu einem der wichtigsten Akteure im Kampf um die sogenannte *Tendenzwende*, also dem Versuch, die angebliche diskursive Meinungsführerschaft der Linken zu brechen. Bei den Protagonisten des BFW handelte es sich dabei keineswegs nur um konservative Anhänger alter Ordinarienherrlichkeit, sondern um eine durchaus heterogene Gruppe von Hochschullehrern, die vor allem ihr generationeller Zusammenhang als »45er« (Dirk Moses) einte. In ihrer politischen Überzeugung vor allem einem Konsensliberalismus angloamerikanischer Prägung verhaftet, sahen sie in der Studentenbewegung keine Chance, sondern eine Gefährdung der Demokratie. In dieser Frage überwarfen sich die BFW-Professoren mit dem eher linksorientierten Teil des 1945er-Generationszusammenhangs, der sich also ebenso wie die 1968er in mehrere Lager spaltete. Dieses Schisma der bundesdeutschen Intellektuellen bestimmte das geistige Klima der folgenden Jahrzehnte. *Kleinknechts* Beitrag über die *Cappenberg-Gespräche* der *Freiherr-vom Stein-Gesellschaft* zwischen 1971 und 1975 nimmt diese geistesgeschichtliche Perspektive auf und führt sie weiter. Die Analyse des intellektuellen Profils eines wichtigen Knotenpunkts im Netzwerk liberalkonservativer Bürgerlichkeit legt einen differenzierten Ausblick auf die politische Ideenlandschaft der 1970er Jahre frei. Im fortdauernd staatsorientierten Denken akademisch-administrativer Eliten manifestiert sich eine bedenkenswerte Gegenläufigkeit zu dem dominanten Paradigma einer breiten gesellschaftlichen Lieberalisierung, das für die 1970er Jahre als kennzeichnend gilt.

Bernhard *Schmid* macht in seinem Beitrag über die Entstehungsgeschichte und die ideologischen Grundpositionen der *Nouvelle Droite* in Frankreich darauf aufmerksam, dass diese Strömung keineswegs mit dem in der deutschen Diskussion oftmals schwammigen Begriff der *Neuen Rechten* gleichzusetzen ist. Während im deutschen und österreichischen Kontext alle möglichen Gruppierungen, Zeitschriftenprojekte und Gesprächskreise, die mit dem Anspruch der »Erneuerung« auftreten, unter dieses Etikett subsumiert werden oder sich bisweilen selbst darunter verorten, stellt die französische *Nouvelle Droite* eine »relativ klar umrissene ideologische Spielart der extremen Rechten« dar. Deren Vordenker verfolgten in den vergangenen Jahrzehnten jedoch unterschiedliche Strategien. Zentrale Bedeutung kam dabei zweifellos dem Konzept der »Metapolitik« und dem Ringen um »kulturelle Hegemonie« in vorpolitischen Räumen zu. Gleichwohl gelang es Protagonisten der französischen *Neuen Rechten*, vorübergehend in der Ministerialbürokratie Fuß zu fassen oder einflussreiche Positionen in bürgerlich-konservativen Parteien sowie im rechtsextremen *Front National* einzunehmen. Demnach verliefen die Konfliktlinien innerhalb der *Nouvelle Droite* zwischen den Vertretern einer parteipolitisch orientierten Strömung und jenen, die sich als Vorkämpfer einer elitär ausgerichteten, sich »antibürgerlich« gebenden Rechten verstanden. Den gemeinsamen Nenner beider Strömungen bildeten indessen deren Vorstellungen von einer auf Hierarchie und Ungleichheit fußenden Sozialordnung.

Obgleich das Epochenjahr »1968« in Österreich im Rückblick als »zahme Revolution« oder als lediglich »heiße Viertelstunde« bezeichnet worden ist, sah sich auch hier der in den ersten Nachkriegsjahrzehnten politisch hegemoniale, durch die *Österreichische Volkspartei* (ÖVP) repräsentierte Konservatismus im Verlauf der 1960er Jahre mit gesellschaftlichen und kulturellen Liberalisierungsprozessen konfrontiert. Spätestens nach der Wahlniederlage von 1970 und der damit verbundenen *Reformeneuphorie* um den neuen Bundeskanzler Bruno Kreisky (SPÖ) waren die ÖVP wie auch große Teile ihres studentischen Nachwuchses verstärkt darum bemüht, sich vom Image des »muffelnden Lodenmantelkonservatismus« (Olbricht) zu lösen. Diese Neuorientierung verlief keineswegs konfliktfrei, sondern entwickelte sich zu einem »rechten Richtungsstreit« und infolgedessen zu einer Ausdifferenzierung des katholisch-konservativen bzw. des national-freiheitlichen Lagers, wie Bernhard *Weidinger* in seinem Beitrag zeigt. Während die ÖVP-nahe *Österreichische Studentenumion* (ÖSU) deutlich nach links rückte, indem sie Themenfelder und Vokabular der 1968er-Bewegung

aufgriff, entstanden an den österreichischen Hochschulen gleichzeitig Gruppierungen, die neben ihrem dezidiert antikommunistischen Profil bisweilen auch eine Nähe zu Positionen der *Neuen Rechten* erkennen ließen. Eine ähnliche Entwicklung zeigte sich im Vorfeld der FPÖ. Nicht zuletzt als Reaktion auf die vorübergehend liberalere Ausrichtung des *Rings Freibeitlicher Studenten* (RFS) formierte sich die neonazistische *Aktion Neue Rechte*, die besonders durch gewalttätige Übergriffe von sich reden machte. Der Selbstbezeichnung als *Neue Rechte* lag demnach vor allem ein aktionistisches Politikverständnis zugrunde, das an die bewegungsorientierten rechtsextremen Strömungen der Zwischenkriegszeit anzuknüpfen versuchte.

Die drei Beiträge, die sich mit den 1970er Jahren in Italien befassen, orientieren sich in analytischer Perspektive an den Leitbegriffen Generation und Gewalt sowie am Verständnis des *Sessantotto* als verpasste Chance. In der Zusammenschau verstehen sie sich als Versuch, den etablierten wissenschaftlichen Diskurs in Italien um eine Sichtweise zu erweitern, die konservative und neofaschistische Tendenzen rechts der Mitte in den 1970er Jahren als treibende Kräfte innerhalb eines vielstimmigen Jahrzehntes interpretieren. *Paola Bernasconi* fokussiert ihre Untersuchung auf die Wurzeln der neofaschistischen Gruppierungen an der Universität La Sapienza, der größten Universität Italiens. Ebenso wie die Stadt Rom stellt auch diese römische Universität in allen drei Beiträgen ein exemplarisches Mikrouniversum Italiens in den 1970er Jahren dar. Im italienischen Zentralstaat, der erst 1974 mit der Einführung der Regionen eine föderative Ebene einzog, kam der Kapitale Rom eine ebenso herausgehobene Stellung zu wie La Sapienza, die während des *Sessantotto* zum Entwicklungslabor neofaschistischer Mobilisierung und Politisierung wurde. So zeigt *Bernasconi*, dass neofaschistische Studentenorganisationen die Universität – anders als die norditalienische Industrie – als ein von den *Roten* noch nicht erobertes Territorium betrachteten und als solches zu verteidigen gedachten. Daher wurde La Sapienza zu einem der wichtigsten Schauplätze ihres politischen Kampfes. An dieser Universität hatte auch die Gruppe *L'Orologio* ihren Ursprung, die im Mittelpunkt des Beitrags von *Loredana Guerrieri* steht. Exemplarisch untersucht *Guerrieri* die Potentiale und zugleich die Grenzen der *Nuova Destra* bzw. der neofaschistischen Jugend im *Sessantotto* und innerhalb der italienischen Protestbewegung. Dabei verdeutlicht sie zum einen die Heterogenität der – vor allem – römischen studentischen Protestbewegung(en). Zum anderen hebt sie die

politischen Kontaktzonen und Transferprozesse zwischen linken und rechten Gruppierungen hervor und kann so eine Generation von Jugendlichen beschreiben, deren Politisierung sich im Konflikt mit den etablierten Hierarchien, insbesondere mit den Institutionen und den Parteien der Väter, das heißt dem MSI bzw. dem PCI, vollzieht. *Giancarlo Falcioni* schließlich interpretiert das Fehlen einer eigenständigen politischen Kultur innerhalb des rechten Lagers als Hauptgrund dafür, dass eine Integration neofaschistischer Jugendlicher in die Protestbewegung letztlich scheiterte. Daher deuteten maßgebliche Strömungen innerhalb der neofaschistischen Jugend den *Sessantotto* als verpasste Chance, insbesondere da sich ihre Beziehung zum MSI weiter verschlechterte. Während die politisch bewegte Jugend eine fundamentale und gewalttätige Auseinandersetzung mit dem verhassten System suchen wollte, war der MSI darum bemüht, sich der DC anzunähern und sich auf diese Weise innerhalb des italienischen Parteiensystems zu legitimieren und zu etablieren.

Den Ausdifferenzierungsprozessen des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik seit dem Ende der 1960er Jahre widmen sich *Fabian Virchow* und *Christoph Kopke* in ihren Beiträgen. Das Entstehen militanter, aktionsorientierter, teilweise offen neonazistisch agierender Gruppierungen vollzog sich anders als in Italien weniger im Kontext der Auseinandersetzungen mit der links geprägten 1968er-Bewegung, sondern resultierte im Wesentlichen aus der schwindenden Integrationsfähigkeit der NPD in Folge ihres knapp verpassten Einzugs in den Bundestag im Herbst 1969. Gleichwohl war die NPD bemüht, sich weiterhin als politisches »Gravitationszentrum« (Virchow) rechts von der Union zu behaupten. Den Versuch der Partei, mit der von ihr im Jahr 1970 initiierten und gegen die neue Ostpolitik der sozialliberalen Koalition gerichteten *Aktion Widerstand* eine nationale Sammlungsbewegung ins Leben zu rufen, nimmt *Christoph Kopke* in den Blick. Er kann zeigen, dass trotz anfänglicher Mobilisierungserfolge die Strategie eines außerparlamentarischen Aktionismus die Zersplitterung des rechten Lagers eher forcierte. Im Umfeld der *Aktion Widerstand* formierten sich Gruppen und Einzelpersonen, die sich nicht mit fundamentaloppositioneller Rhetorik begnügten, sondern zunehmend auch auf gewalttätige, mithin terroristische Methoden und Handlungsmuster setzten. Der NPD gelang es nicht mehr, diese Radikalisierungsprozesse einzuhegen. Der Versuch, mit der *Aktion Widerstand* einen Brückenschlag zum rechten Rand von Union und FDP zu vollziehen, war somit gescheitert. Aber auch innerparteiliche Differenzen um die künftige programmatische

Ausrichtung beschleunigten den Niedergang der NPD am Beginn der 1970er Jahre. *Fabian Virchow* rekonstruiert die Konfliktlinien, die nach der Bundestagswahl 1969 aufbrachen und die schließlich zu einer Reihe von Parteiausschlüssen und Abspaltungen führen sollten. Während die Parteiführung um den seit November 1971 amtierenden Vorsitzenden Martin Mußnug die NPD als Alternative auch für national-konservative Wählerschichten aus dem bürgerlichen Lager zu präsentieren versuchte, propagierten jüngere Aktivisten eine »APO von rechts«. Aus dieser Strömung ging im Januar 1972 die *Aktion Neue Rechte* (ANR) hervor, die sich im Gegensatz zur parlamentarischen Orientierung der NPD als eine »Tatgemeinschaft« verstand, jedoch schon bald in weitere Teilströmungen und Splitterorganisationen zerfiel.

Die vorliegende Aufsatzsammlung begreift sich als Bestandsaufnahme gegenwärtiger Forschungen auf einem Feld, dessen systematische Erschließung durch die Geschichtswissenschaft noch am Anfang steht. Bereits dieser erste Zugriff öffnet die Perspektive auf komplexe, teilweise widersprüchliche politische, soziale und kulturelle Prozesse, deren Analyse nicht nur wesentlich zum historischen Verständnis der langen Dekade nach 1968, sondern auch der gegenwartsnahen Zeitgeschichte überhaupt beiträgt. Gelänge es diesem Sammelband, intensive Diskussionen und künftige Forschungen anzuregen, dann wäre der Zweck dieser Unternehmung erfüllt.